

Hr. Turgut ÖZAL (Präsident, Türkei) (Simultanübertragung aus dem Englischen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, wir haben uns hier in Paris zu einem Zeitpunkt tiefgreifenden historischen Wandels und hehrer Hoffnungen getroffen. Nach Jahrzehnten der Teilung, der Konfrontation und der ideologischen Erstarrung treffen wir hier zusammen, um eine neue Ära in Europa einzuleiten; eine Ära des Friedens, der Demokratie und der Einheit. Sie wird auf gegenseitigem Vertrauen, Kooperation und freundschaftlichen Beziehungen beruhen.

Als wir vor 15 Jahren in Helsinki zusammentrafen, war die KSZE ein Vehikel, um die künstliche Spaltung des Kontinents zu überwinden. Heute stellt sie eine hehre Plattform zur Förderung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit dar, aber auch zur Förderung der militärischen Sicherheit und zur Vertrauensbildung sowie zur Zusammenarbeit in Wirtschaft und Umwelt.

In diesem Unterfangen repräsentieren wir die Staaten Europas, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada. Der transatlantische Charakter der KSZE ist wesentlich für die Errungenschaften der Vergangenheit, aber auch für die Erwartungen, die wir in die Zukunft setzen, und betont ihre Einzigartigkeit.

Die europäischen Staaten und Nordamerika sind nunmehr eine Staatengemeinschaft, die durch ihr Bekenntnis zu Demokratie und Prosperität eng miteinander verknüpft ist.

Diese Errungenschaften sind nicht zuletzt aufgrund der Leistungen und des Mutes der Präsidenten Reagan, Bush und Gorbatschow möglich geworden.

Die Einheit Deutschlands symbolisiert die neue Einheit Europas. Das türkische Volk und die türkische Regierung begrüßen es und freuen sich über die Tatsache, daß das deutsche Volk nach Jahrzehnten der Teilung wieder eine Einheit geworden ist. Das vereinte Deutschland wird in vollem Einvernehmen mit seinen Nachbarn ein Eckpfeiler der Stabilität, der Kooperation und des Friedens in Europa sein.

Hr. Özal

Wenn wir die künftige Zusammenarbeit gestalten, dann können wir uns auf die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki stützen. Jedes dieser zehn Prinzipien kann nur unter Berücksichtigung der anderen Anwendung finden.

Unsere Beziehungen sollten unsere Entschlossenheit widerspiegeln, diese zehn Prinzipien in die Praxis umzusetzen.

Diese Prinzipien finden sich auch in der Charta von Paris für ein neues Europa wieder, die wir demnächst unterzeichnen. Dies ist eine umfassende Verpflichtung für die Schaffung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Staaten. Verstärkt wird dies durch eine Erklärung der Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts, in der 22 Staaten erklären, daß sie sich nicht länger als Gegner betrachten. Wir haben damit eine historische Periode abgeschlossen, die oft als die Periode des Kalten Krieges bezeichnet wurde.

Der KSE-Vertrag, den wir heute vormittag unterzeichnet haben, ist ein wichtiger Schritt in eine gemeinsame europäische Zukunft. Die Türkei ist stolz darauf, einen aktiven Anteil an der Schaffung dieser neuen europäischen Sicherheitsordnung zu haben. Ihre Verwirklichung wird die europäischen Beziehungen unwiderruflich von der Dominanz des militärischen Faktors befreien. Die Interpretation dieses Vertrages durch die Türkei wurde bereits bei der Unterzeichnung zu Protokoll gegeben.

Neue Entwicklungen, die schließlich zu diesem Gipfeltreffen geführt haben, haben ganz neue Rahmenbedingungen für Sicherheitsentscheidungen geschaffen. Diese Rahmenbedingungen haben sich zwar geändert, aber das Streben nach Sicherheit ist das gleiche geblieben.

Die Streitkräfte werden als Ausdruck der Souveränität beibehalten werden, und zwar auf Niveaus, die für legitime Verteidigungszwecke ausreichend sind. Kollektive Strukturen, die sich über die Zeit hinweg bewährt haben und die uns geholfen haben, den Wandel zu gestalten, wird es auch weiterhin geben.

Die NATO wird zwar neue Funktionen und Aufgaben erhalten, wird aber als transatlantisches Gebilde auch weiterhin eine Quelle der Stabilität und der europäischen Sicherheitsordnung bleiben.

Es ist dies ein Zeichen für den kollektiven Willen Europas, die Einheit voranzutreiben und alle Aspekte der kooperativen Beziehungen durch eine Verminderung der militärischen Konfrontation zu stärken. Das Vertrauen, das es selten in der Vergangenheit gegeben hat, steht uns nun in größerem Ausmaß zu Gebote. Auf der Grundlage dieses Vertrauens werden sich die Beziehungen in Europa künftig aufbauen, und die Türkei ist bereit, zusammen mit ihren Nachbarn an diesem Prozeß der Stabilitätsförderung auch durch Maßnahmen auf regionaler Ebene mitzuwirken.

Die Türkei ist davon überzeugt, daß diese Kooperation stärker in den internationalen Beziehungen verwurzelt werden kann. Wir gehen vom KSE-Vertrag als Ausgangspunkt aus und wir werden Sicherheit und Stabilität im Rahmen des KSZE-Prozesses verwirklichen. Dann wird die gesamte Welt auf uns blicken und in diesem Prozeß Inspiration und Ideale finden. Wir sollten daher keine Zweifel an unseren Aufgaben haben, sondern unsere Bemühungen in Richtung auf ein echtes geeintes Europa noch verstärken.

Die Drohung eines militärischen Konfliktes in Europa nimmt ab. Nichtsdestoweniger gibt es nach wie vor Gefahren, die immer noch eine Bedrohung der Stabilität unserer Gesellschaft darstellen. Wir brauchen daher verstärkte Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Terrorismus, der das Gewebe der demokratischen Institutionen bedroht. Wir begrüßen in diesem Sinne die einschlägigen Bestimmungen der Charta von Paris.

Die Festigung und Stärkung der Demokratie, ihrer Institutionen und Verfahren wird eine wesentliche Herausforderung der Zukunft sein. Die demokratischen Revolutionen des vergangenen Jahres müssen durch die Traditionen des Pluralismus ergänzt werden. Wir wissen alle, daß freie und faire Wahlen an sich noch nicht ausreichen, um die Demokratie abzustützen und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten. Die Demokratisierung ist ein

Hr. Özal

kontinuierlicher Prozeß. Es wird noch lange Zeit hindurch unterschiedliche Entwicklungen in der Demokratisierung geben, und in diesem Sinne können wir von den Erfahrungen des anderen profitieren und einen konstruktiven Dialog miteinander führen.

Herr Vorsitzender, im neuen Europa haben sich die nationalen Minderheiten als wesentliche Frage herausgebildet. Dies ist eine Frage mit menschlichen und politischen Dimensionen, aber auch eine komplexe Frage. Die nationalen Minderheiten können als Brücke der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten - besonders zwischen Nachbarstaaten - dienen. Sie können aber ebenso eine Quelle der Zwistigkeiten und des Mißtrauens zwischen den Nationen sein. Wir wissen dies in der Türkei nur allzu gut. Wenn wir unseren Blick in die Zukunft richten, haben wir die Hoffnung, daß die Minderheiten eine zusätzliche, eine verbindende Funktion haben können, um die Nachbarstaaten einander näher zu bringen. Die Frage der nationalen Minderheiten kann jedoch nur in einem demokratischen Rahmen zufriedenstellend gelöst werden.

Herr Vorsitzender, es gibt auch noch andere Gemeinschaften in Europa, deren Rechte besondere Aufmerksamkeit verdienen. Die Wanderarbeiter und ihre Familien - insgesamt 15 Millionen Menschen - sind eine solche Gemeinschaft. Die Charta von Paris bekräftigt unser gemeinsames Anliegen, die Rechte der Wanderarbeiter zu schützen und diese Menschen zu fördern. Wir betonen besonders diese Rechte. Es ist dies eine wichtige Frage mit einer menschlichen Dimension; sie verdient größere Aufmerksamkeit in der künftigen Arbeit der KSZE.

Die Spaltung Europas ist nunmehr Vergangenheit; intensiviertere menschliche Kontakte und Freizügigkeit der Bürger werden daher immer wichtiger. Es besteht ein Anliegen, die Einwanderung zu regulieren, aber dies sollte kein Vorwand für die Schaffung dichter Grenzen sein. Wir brauchen verstärkte Zusammenarbeit um sicherzustellen, daß die Freizügigkeit des Reisens nicht zu illegaler Immigration führt. Auf der Grundlage solcher Zusammenarbeit im Einklang mit den KSZE-Verpflichtungen sollten die Beschränkungen der Reisefreiheit aufgehoben werden.

Herr Vorsitzender, die demokratische Entwicklung Europas geht Hand in Hand mit dem Übergang zur Marktwirtschaft. Dieser Übergang führt zur Schaffung eines wohlhabenden und geeinten Europas; wissen wir doch alle, daß die Marktwirtschaft wirtschaftliches Wachstum, Prosperität, soziale Gerechtigkeit und effiziente Nutzung der Ressourcen sicherstellt.

Wir in der Türkei wissen schon, daß der Übergang von einer staatlich gelenkten geschlossenen Wirtschaft zu einer offenen Marktwirtschaft einen schwierigen Prozeß darstellt. Wir haben vor zehn Jahren diesen Weg eingeschlagen und haben dabei große Erfahrungen gewonnen, und wir geben diese Erfahrungen an die neuen Demokratien weiter.

Der Übergang zur Marktwirtschaft erfordert die Unterstützung durch uns alle. Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, hier einander zu helfen, und deswegen ist die Kooperation auf diesem Gebiet ein wesentlicher Faktor unserer Beziehungen. Unsere Kooperation sollte das freie Unternehmertum sowie einen freien und diversifizierten Handel fördern. Wir sollten unseren gemeinsamen Bemühungen auf dem Gebiet der Energie, des Verkehrswesens und des Umweltschutzes neue Impulse verleihen.

Wir reichen den mittel- und osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion unsere Hand, und im Rahmen unserer Mittel werden wir diese Länder unterstützen.

Da die KSZE ein Forum vertiefter Zusammenarbeit geworden ist, fordern wir die KSZE auf, die Interessen der Entwicklungsstaaten stärker zu fördern, die Teilnehmerstaaten dieses Prozesses sind. Dies bedeutet auch eine intensivere Weitergabe wissenschaftlicher und technologischer Errungenschaften, damit das Gefälle zwischen unseren Ländern auf diesen Gebieten verringert werden kann.

Regionale Zusammenarbeit ist ebenfalls eine wichtige Dimension. Der Balkan ist hier ein sehr vielversprechender Raum. Wir überwinden hier die Spaltungen der Vergangenheit, und ich appelliere daher an alle Balkanstaaten, neue, qualitativ verbesserte Bemühungen für intensivere regionale Zusammenarbeit zu unternehmen; wir werden davon alle profitieren.

Hr. Özal

Vor kurzem haben wir eine Initiative für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Schwarzmeerregion in die Wege geleitet. Die ersten Reaktionen darauf sind sehr ermutigend.

Im Verlaufe der Geschichte war der Mittelmeerraum von besonderer Bedeutung für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Türkei ist ein Mittelmeerland und hofft, daß das Herausbilden eines demokratischen Europas einen Beitrag zu harmonischen Beziehungen und zur Förderung von Stabilität und Zusammenarbeit auch in dieser Region leisten wird.

Herr Vorsitzender, wir bekräftigen hier gemeinsam unser Bekenntnis zu den Grundsätzen der Schlußakte von Helsinki. Dabei dürfen wir jedoch jeglicher Verletzung dieser Prinzipien in anderen Teilen dieser Welt nicht gleichgültig gegenüberstehen. Das Gipfeltreffen von Paris findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die internationale Staatengemeinschaft mit einer großen Krise in der Golfregion konfrontiert wird; hier ist eine flagrante Verletzung des Völkerrechts vor sich gegangen. Die Auswirkungen dieser Krise sind in allen Teilnehmerstaaten fühlbar. Im Einklang mit den Prinzipien der Vereinten Nationen hat die Türkei auf diese Krise reagiert, und mein Land ist eines jener Länder, die am stärksten darunter leiden. Diese Krise trifft auch die neuen Demokratien Ost- und Mitteleuropas und bereitet diesen zusätzliche Schwierigkeiten in ihren Bemühungen, die Marktwirtschaft einzuführen. Einheit und Solidarität zwischen unseren Staaten sind vonnöten, um dieser Herausforderung, die die Golfkrise für uns darstellt, gerecht zu werden, und wir müssen auch für eine friedliche Lösung eintreten. Wir müssen aber gleichzeitig eindeutig und stark bekräftigen, daß die Aggression nicht belohnt werden kann und belohnt werden wird.

Das Pariser Gipfeltreffen wird regelmäßige politische Konsultationen zwischen unseren Staaten einleiten und neue KSZE-Institutionen schaffen. Diese politische und institutionelle Stärkung der KSZE ist notwendig, wenn wir unsere zukünftige Zusammenarbeit besser gestalten wollen und wenn wir neuen Herausforderungen gerecht werden wollen, wie sie sich nurmehr in Europa stellen. Die Türkei wird ein aktiver Teilnehmer an diesem großen Unterfangen sein.

Keine europäische Hauptstadt ist geeigneter als Paris, als Austragungsort für diesen Gipfel zu dienen und ein neues Kapitel der europäischen Geschichte einzuleiten. Frankreich war immer im Zentrum Europas - politisch und kulturell. Unser Gastgeber, Präsident Mitterrand, ist einer der prominentesten Sachwalter der Demokratie und der Einheit Europas. Ich möchte meine Bemerkungen hier abschließen, indem ich Präsident Mitterrand und der französischen Regierung sehr herzlich danke, daß sie uns hier so freundlich empfangen haben und ihre Gastfreundschaft zuteil werden ließen. Ich danke Ihnen.

Die Sitzung wurde um 18.45 geschlossen.

